



Kern: Grün-Rot demontiert die neuen Werkrealschulen

Neue Regierung kippt Besuch der Berufsfachschule – FDP will berufliche Orientierung verstärken -

Der bildungs- und wissenschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Timm Kern, sagte anlässlich einer Landtagsdebatte über einen FDP-Antrag zur Zukunft der Werkrealschule unter anderem:

„Es ist mir ein Rätsel, warum die Landesregierung das zentrale Element zur Stärkung der berufspraktischen Ausrichtung der neuen Werkrealschule einfach wieder kassieren will: in Klasse 10 sollten die Werkrealschüler an zwei Tagen pro Woche eine Berufsfachschule besuchen. Das hätte ihnen vor allem wertvolle Einblicke in die berufliche Praxis ermöglicht. Dies soll nun also wegfallen. Wir Liberalen schlagen jedoch darüber hinaus vor, diese Kooperation für alle vor Ort befindlichen beruflichen Schulen zu öffnen. Dies würde die Angebotspalette der beruflichen Orientierung erweitern. Mit geradezu atemberaubender Leichtfertigkeit geht die rot-grüne Koalition auch über das zentrale Problem der Werkrealschule, der Mindestgröße, hinweg. Denn während die alte Landesregierung vorsah, dass eine Werkrealschule zweizügig sein muss, kann nun auch jede einzügige Hauptschule mit einem 10. Schuljahr Werkrealschule werden. Wenn man sich das Werkrealschulkonzept aber genauer ansieht, wird deutlich, weshalb eine gewisse Mindestgröße erforderlich ist. Vor allem die drei Wahlpflichtfächer ab Klasse 8 sollte jede Werkrealschule anbieten können, damit jeder Werkrealschüler auch die Wahl hat. Hier stellt sich jedoch die Frage: Was wird aus den einzügigen Hauptschulen? Die FDP hat von Anfang an bei der Entwicklung der Werkrealschulkonzeption den Vorschlag gemacht, dass sich auch mehrere Hauptschulen zu einer Werkrealschule zusammenschließen können beziehungsweise eine Werkrealschule auf mehrere Standorte verteilt sein kann. Nach zähem Ringen und einem Verwaltungsgerichtsurteil hat sich diese Position dann durchgesetzt. In der vergangenen Legislaturperiode haben Grüne und SPD die Werkrealschule erbittert bekämpft, weil sie nicht in ihr Weltbild passt. Dass die von ihnen schlechtgeredete Hauptschule mit der Werkrealschule eine Weiterentwicklungsperspektive bekommen hat, die obendrein sehr gut von den Gemeinden angenommen wurde, muss den Regierungsfractionen ein Dorn im Auge sein. Das Herzensanliegen der neuen Landesregierung ist eben die Gemeinschaftsschule, wie sie allerorten bekundet. Statt überkommener Schulstrukturdebatten, zu denen ich auch die Zweigliedrigkeitsforderung zähle, brauchen wir jedoch Weiterentwicklungen unseres Schulwesens, die die Qualität voranbringen.“